

Bewerberinformationen zum Datenschutz

Um mehr Transparenz bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch Unternehmen zu schaffen, hat der europäische Gesetzgeber eine neue Informationspflicht eingeführt. Schon bei der Datenerhebung sollen Sie als Bewerber erfahren, was mit Ihren personenbezogenen Daten passiert und für welche Zwecke diese verarbeitet werden. Die nachfolgenden Informationen erhalten Sie aufgrund von Art. 13 DS-GVO.

1. Informationen nach Art. 13 Abs. 1 DS-GVO

1.1 Verantwortlicher und Datenschutzbeauftragter

Verantwortlicher für die Verarbeitung personenbezogener Daten ist die Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Masayaplatz 1, 63128 Dietzenbach, vertreten durch den Geschäftsführer Andreas Maatz. Sie erreichen den Verantwortlichen unter folgenden Kontaktdaten: Telefon +49 (0) 6074 - 6966900, Telefax +49 (0) 6074 - 6966910929, E-Mail info@kvgOF.de. Den Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter datenschutz@kvgof.de.

1.2 Zwecke, Rechtsgrundlagen und Bereitstellung Ihrer Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden dazu verarbeitet, das Bewerbungsverfahren durchzuführen und Sie in diesem Rahmen zu beurteilen. Ferner verwenden wir Ihre Daten dazu, um mit Ihnen zu kommunizieren und unsere Interessen im Fall einer rechtlichen Auseinandersetzung zu wahren.

Die Zulässigkeit dieser Verarbeitung richtet sich nach § 26 Abs. 1 BDSG (neu), wonach Ihre personenbezogenen Daten für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses verarbeitet werden dürfen, wenn dies für die Entscheidung über die Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses erforderlich ist. Sie sind in Bezug auf die zur Durchführung des Bewerbungsverfahrens erforderlichen Daten zur Bereitstellung verpflichtet. Ohne diese Daten können wir Sie nicht berücksichtigen.

Die Zulässigkeit der Verarbeitung richtet sich in manchen Fällen ferner nach Art. 6 Abs. 1 f) DS-GVO, wonach die Verarbeitung zulässig ist, wenn sie zur Wahrung unserer berechtigten Interessen oder der Interessen eines Dritten erforderlich ist und sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person überwiegen, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern. Unser berechtigtes Interesse besteht in der Beurteilung Ihrer Leistungsfähigkeit und Qualifikation, der Digitalisierung von Dokumenten und der Optimierung der stattfindenden Arbeitsabläufe insgesamt. Sie haben in Bezug auf die Durchführung des Bewerbungsverfahrens eine Obliegenheit, die Verarbeitung Ihrer Daten durch uns zu ermöglichen. Im Falle der Nichtbereitstellung drohen Ihnen rechtliche Nachteile wie die Nichtberücksichtigung Ihrer Bewerbung.

Die Zulässigkeit der Verarbeitung kann sich in Einzelfällen nach Art. 6 Abs. 1 a) DS-GVO richten, wonach die Verarbeitung zulässig ist, wenn Sie Ihre Einwilligung zu der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten für einen oder mehrere bestimmte Zwecke gegeben haben. In Bezug auf die Verarbeitung von Daten auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 a) DS-GVO haben Sie keine Verpflichtung zur Bereitstellung. Ihnen entstehen durch die Nichtbereitstellung keine Nachteile.

Die Angabe von besonderen Kategorien personenbezogener Daten wie beispielsweise der rassistischen oder ethnischen Herkunft, der Angabe von religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen oder auch Gesundheitsdaten werden von uns im Rahmen des Bewerbungsverfahrens nicht gefordert. Sollten solche Angaben dennoch gemacht werden, geschieht dies auf freiwilliger Basis und hat keine Auswirkungen auf die Auswahlentscheidung.

Die Zulässigkeit dieser Verarbeitung richtet sich nach § 26 Abs. 3 BDSG (neu), wonach die Verarbeitung zulässig ist, wenn sie zur Ausübung von Rechten oder zur Erfüllung rechtlicher Pflichten aus dem Arbeitsrecht, dem Recht der

sozialen Sicherheit und des Sozialschutzes erforderlich ist und kein Grund zu der Annahme besteht, dass das schutzwürdige Interesse der betroffenen Person an dem Ausschluss der Verarbeitung überwiegt.

1.3. Empfänger Ihrer personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden im Rahmen Ihres Beschäftigtenverhältnisses an folgende Empfänger weitergegeben:

- Abteilungen und interne Stellen, die an der Ausführung der jeweiligen Geschäftsprozesse beteiligt sind (z.B. Personalverwaltung, IT-Abteilung)
- Auftragsverarbeiter im Sinne von Art. 28 DS-GVO
- Vertragspartner (z.B. Banken im Falle einer Fahrtkostenerstattung)

Wir beabsichtigen nicht, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland außerhalb der EU oder des EWR zu übermitteln.

2. Informationen nach Art. 13 Abs. 2 DS-GVO

2.1 Dauer der Speicherung

Die erstmalige Speicherung Ihrer Daten erfolgt mit Eingang der Bewerbung. Die Dauer richtet sich in erster Linie nach den gesetzlichen Aufbewahrungspflichten sowie nach unserem berechtigten Interesse an einer weiteren Aufbewahrung. Ihre Bewerbungsunterlagen und Daten werden nach erfolgter Ablehnung 6 Monate aufbewahrt, es sei denn, Sie haben eine Einwilligung für eine längere Aufbewahrung erteilt.

Eine längere Aufbewahrung kann sich im Einzelfall ergeben, wenn wir hieran ein berechtigtes Interesse haben und Ihre schutzwürdigen Interessen nicht entgegenstehen.

2.2 Betroffenenrechte

Ihnen stehen folgende Rechte zu: Sie haben ein Recht auf Auskunft (Art. 15 DS-GVO), Berichtigung (Art. 16 DS-GVO), Löschung (Art. 17 DS-GVO), Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO) sowie auf Datenübertragung (Art. 20 DS-GVO). Wir bemühen uns, Anfragen zügig zu bearbeiten.

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 f) DS-GVO verarbeitet werden, haben Sie ein Widerspruchsrecht, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben oder sich der Widerspruch gegen Direktwerbung richtet (Art. 21 DS-GVO). Bei einem Widerspruch gegen Direktwerbung werden wir Ihnen keine werblichen Nachrichten mehr zukommen lassen.

2.3 Widerruflichkeit der Einwilligung

Eine etwa erteilte Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten kann jederzeit widerrufen werden. Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung auf Grundlage der Einwilligung bis zum Widerruf bleibt unberührt.

2.4 Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Sie haben das Recht, sich an eine Aufsichtsbehörde zu wenden (77 DS-GVO).